

Pulsnitzer Anzeiger

Dorner Anzeiger

Haupt- und Tageszeitung für die Stadt und den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz und die Gemeinde Dorn

Diese Zeitung erscheint täglich mit Ausnahme der gesetzlichen Sonn- und Feiertage. Der Bezugspreis beträgt bei Abholung wöchentlich 50 Rpf., bei Lieferung frei Haus 55 Rpf. Postbezug monatlich 2.50 RM. Die Behinderung der Lieferung rechtfertigt keinen Anspruch auf Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitungsausgabe für Abholer täglich 3-6 Uhr nachmittags. Preise und Nachlasssätze bei Wiederholungen nach Preisliste Nr. 4 — Für das Erscheinen von Anzeigen in bestimmten Nummern und an



bestimmten Plätzen keine Gewähr. Anzeigen sind an den Erscheinungstagen bis vorm. 10 Uhr aufzugeben. — Verlag: Mohr & Hoffmann. Druck: Karl Hoffmann u. Gebrüder Mohr. Hauptschriftleiter: Walter Mohr, Pulsnitz; Stello.: Walter Hoffmann, Pulsnitz. Verantwortlich für den Heimteil, Sport u. Anzeigen: Walter Hoffmann, Pulsnitz; für Politik, Bilderdienst und den übrigen Teil: Walter Mohr, Pulsnitz. — D. A. L.: 2250. Geschäftsstellen: Albertstraße 2 und Adolf-Hitler-Straße 4. Fernruf 518 und 550

Der Pulsnitzer Anzeiger ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft zu Ramenz, des Stadtrates zu Pulsnitz und des Gemeinderates zu Dorn behördlicherseits bestimmte Blatt und enthält Bekanntmachungen des Amtsgerichts Pulsnitz, sowie des Finanzamtes zu Ramenz

Nr. 37

Montag, den 14. Februar 1938

90. Jahrgang

Der Führer empfing Schuschnigg

Aussprache über das Verhältnis Deutschland—Österreich

Der österreichische Bundeskanzler Dr. Schuschnigg stattete am Sonnabend in Begleitung des österreichischen Staatssekretärs für die auswärtigen Angelegenheiten, Dr. Guido Schmidt, und des deutschen Botschafters von Kapen in Gegenwart des Reichsministers des Auswärtigen, von Ribbentrop, dem Führer und Reichkanzler auf dessen Einladung einen Besuch auf dem Obersalzberg ab. Diese inoffizielle Begegnung entsprang dem beiderseitigen Wunsch, sich über alle Fragen, die das Verhältnis zwischen dem Deutschen Reich und Österreich betreffen, auszusprechen.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg ist nach seiner Unterredung mit dem Führer und Reichkanzler auf dem Obersalzberg im Sonderzug in den frühen Morgenstunden des Sonntags wieder in Wien eingetroffen.

Kommunikationszentrale ausgehoben

Eine ganze Organisation in Kärnten entdeckt.

Der Kärntner Staatspolizei ist ein großer Schlag geglückt. Es konnte die gesamte kommunistische Parteiorganisation in Kärnten ausgehoben werden. Es wurden nicht nur die illegale „Landesleitung“, sondern auch die Kreisleitungen, die verschiedenen Kurierorganisationen und Verteilungsstellen für Schriftenmate-

rial unschädlich gemacht. Den Behörden sind ganze Berge von Agitationsmaterial in die Hände gefallen.

Zwölf Personen wurden bisher verhaftet, zahlreiche Personen in Untersuchung gezogen. Man rechnet noch mit zahlreichen weiteren Verhaftungen. Bemerkenswert ist die Tatsache, daß die ausgehobene kommunistische Parteiorganisation eine Neuorganisation darstellt, da schon einmal, vor zwei Jahren, der ganze bolschewistische Agitationsapparat aufgelassen ist. Die damals Verhafteten wurden inzwischen verurteilt und büßen augenblicklich ihre Kerkerstrafen ab.

Bundtner bei Reichsverweser von Horthy

Reichsverweser von Horthy empfing den Staatssekretär im Reichsinnenministerium, Dr. Bundtner, zu einer längeren Audienz. Anschließend stattete Staatssekretär Bundtner dem Außenminister von Kánya einen längeren Besuch ab.

Im Laufe seines Aufenthalts in Ungarn machte Staatssekretär Dr. Bundtner einen Ausflug in die ungarische Provinz, der ihn nach Stuhlweißenburg und zum Plattensee führte. Im Rahmen dieses Ausfluges besuchte Staatssekretär Bundtner auch die schwäbischen Dörfer in der Umgebung von Budapest.

„Eine Aktion gegen den Frieden Europas“

Rom. Unter der Überschrift „Künstliche Einnebelung“ nimmt „Messaggero“ erneut gegen das Geschrei Stellung, mit dem die Londoner und die Pariser Presse die Maßnahmen des Führers immer noch umhüllt, und daß nur mit dem „Heulen und Lärmen eines Negertanzes“ verglichen werden könne.

Was sich diese Presse leisten, gehöre nicht mehr in das Kapitel der üblichen böswilligen und tendenziösen Kommentare. Es handele sich vielmehr um einen regelrechten

Phylon phantastischer Katastrophenmeldungen, in deren Wirbel die öffentliche Meinung der Welt vollends von Sinnen kommen soll.

Sinter dem wilden Gezeir der Presse der „großen Demofraien“ gegen Deutschland, gegen die Achse Rom—Berlin und gegen den antikommunistischen Dreierpakt steht, wie das römische Blatt weiter ausführt, jedoch wesentlich mehr als die übliche Pressekampagne. Alle diese Gerüchte gehören in einen Aktions- und Angriffsplan, der zur Zeit im vollen Gange ist und von den Elementen der Unordnung und des Unfriedens vorgebracht werden soll.

Unter ungeheuerem Stimmenaufwand will man mit blutrünstigen Phantasien eine Panikstimmung schaffen und damit das erreichen, was die künstliche Einnebelung bezweckt, nämlich die Unruhe in Europa aufrechtzuerhalten und im Trüben zu fischen.

Während die Presse ihre Schwindelmeldungen in die Welt setzt, versucht die demokratische und sowjetrussische Diplomatie, durch Unterminierung den Angriff vorzutragen in der Hoffnung, etwas von dem verlorenen Gelände zurückzugewinnen zu können.

Diplomatenmorden geht weiter

Der Kownoer Sowjetgesandte Fodolfski erschossen.

Die lange Kette des sowjetrussischen Diplomatenmordens ist um ein weiteres Glied vermehrt worden. Wie das Warschauer Militärblatt „Polsta Zbrojna“ aus Kowno meldet, ist der frühere Kownoer Sowjetgesandte Fodolfski in Minsk erschossen worden. Das Blatt weist besonders darauf hin, daß die Erschießung erfolgte, ehe noch Fodolfskis Abberufung von dem Posten in Litauen offiziell bekanntgegeben wurde.

Höllmaschine an Bord

Kommunistischer Anschlag auf ein polnisches Motorschiff.

Auf dem zwischen Gdingen und Nordamerika verkehrenden polnischen Motorschiff „Batory“ wurde auf der letzten Fahrt von New York nach Gdingen durch die besondere Aufmerksamkeit der Schiffsleitung ein großes Unheil verhütet. Mitten auf dem Atlantik entdeckte man im Maschinenraum und in der Funkkabine je eine Höllmaschine, die noch kurz vor der Explosion unschädlich gemacht werden konnten. Daraufhin wurde das Schiff gründlich durchsucht. Weitere Sprengkörper wurden nicht mehr gefunden. Unter dem Schiffspersonal wurden mehrere Verhaftungen vorgenommen. Als die „Batory“ in Gdingen einlief, kam ein starkes Aufgebot der durch Funk benachrichtigten Hafenpolizei an Bord, das die Verhafteten in das Gefängnis nach Neustadt brachte.

Die Untersuchung dieses Vorfalls ist noch nicht abgeschlossen. Allem Anschein nach handelt es sich um einen verbrecherischen kommunistischen Anschlag.

Begnadigungen in Litauen

Aus Anlaß des Unabhängigkeitstages.

Der litauische Staatspräsident hat aus Anlaß des bevorstehenden 20jährigen Jubiläums der litauischen Unabhängigkeit am 16. Februar zahlreiche Begnadigungen von Strafgefangenen und andere Straferlasse und Strafmilderungen angeordnet. Darunter befinden sich auch die in dem großen Memelländerprozeß 1935 verurteilten Dr. Neumann, Vertleit, Rademacher, Brockopf und Baron von der Ropp. Nicht berücksichtigt wurden die in diesem Prozeß zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilten sechs Memelländer Prieb, Volk, Lepa, Wannagat, Johann und Ernst Ballat. Begnadigt wurde auch der frühere Ministerpräsident Woldeparas.

Tokios Antwort

Keine Auskunft über Flottenbauten

Die japanische Regierung hat die Notizen Englands, Frankreichs und Amerikas beantwortet, in denen diese Staaten eine bindende Erklärung Japans bis zum 20. Februar verlangten, daß es keine Schlachtschiffe über 35 000 Tonnen baue. Die japanische Regierung erklärt in ihrer Antwort, daß sie nicht in der Lage sei, dem Wunsch nach Bekanntgabe ihres Flottenbauprogramms zu entsprechen.

Die japanische Regierung erinnert zunächst daran, daß sie bei der letzten Londoner Flottenkonferenz die Abschaffung von Schlachtschiffen und Flugzeugträgern als Angriffswaffen vorschlug und gleichzeitig erklärte, daß eine qualitative Begrenzung ohne eine mengenmäßige Beschränkung keine gerechte Maßnahme für eine Abrüstung darstelle. Die japanische Regierung, so heißt es in der Antwort ferner, habe gemäß ihrem Grundsatz des Nichtangriffs und der Nichtbedrohung keinerlei Absicht, eine andere Länder bedrohende Rüstung zu besitzen.

Börslich heißt es dann: „Da die anderen Länder die vernünftigen Wünsche Japans zur Abrüstung nicht angenommen haben, so besteht bis jetzt kein gerechter Abrüstungsvertrag, an dem Japan beteiligt ist. Die japanische Regierung ist deshalb der Meinung, daß die bloße Mitteilung über Schiffsbauten in Anbetracht des Fehlens einer quantitativen Begrenzung nicht zu irgendeiner gerechten und billigen Abrüstungsmaßnahme beiträgt, und bedauert, nicht in der Lage zu sein, diesbezüglichen Wünschen nachzukommen.“

In der Frage der Begrenzung der Schiffstonnage und Geschützkaliber sei die japanische Regierung zu gelegener Zeit bereit, Besprechungen zu eröffnen.

USA-Flotte zum Schutz beider Küsten

Nach längeren Besprechungen zwischen Präsident Roosevelt, Außenminister Hull und Admiral Leahy ist nunmehr eine Klarlegung der amerikanischen Flottenpolitik erfolgt, die in den letzten Wochen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses stand. Im Auftrag Roosevelts

praare der Vorzüge des Japanausgleiches, wmpou, einen Zusatzantrag zum Aufschüttungsgezet ein. Darin heißt es, die Flotte müsse groß genug sein, um beide Küsten der Vereinigten Staaten und ihre überseeischen Besitzungen gleichzeitig schützen zu können, dürfe aber nicht für Angriffszwecke benutzt werden.

Wie weiter aus Washington gemeldet wird, hat Präsident Roosevelt den Kongreß um Bewilligung einer ersten Rate von 16 800 000 Dollar (etwa 40 Millionen RM.) für Zwecke der amerikanischen Armee erjucht, damit die Empfehlungen seiner Botschaft vom 28. Januar durchgeführt werden könnten. Von dem Betrag sind 8 800 000 Dollar für Flugzeugmaterial und 2 000 000 Dollar für die Ergänzung der Munitionsvorräte bestimmt.

London dementiert

Keine Meinungsverschiedenheiten zwischen Chamberlain und Eden

Einige Blätter verbreiteten in den letzten Tagen das Gerücht, daß im englischen Kabinett ernste Meinungsverschiedenheiten eingetreten seien. Chamberlain setze sich für eine Politik der Freundschaft mit den autoritären Staaten ein. Hierbei werde er von der Mehrheit der Minister unterstützt. Eden hingegen wüsch langsam und zusammen mit den anderen Mächten der Großen Liga vorzugehen. Diese Gerüchte werden nunmehr von Regierungsstellen, die dem Premierminister nahestehen, als unrichtig bezeichnet. Insbesondere gelte dies auch für die Behauptungen, daß zwischen den beiden Ministern Meinungsverschiedenheiten wegen der Italien gegenüber einzunehmenden Haltung entstanden seien, die, falls nicht noch ein Kompromiß im Laufe der nächsten Woche erreicht werden könnte, zum Rücktritt Edens führen müßten. Es wird nachdrücklich darauf hingewiesen, daß die Zusammenarbeit zwischen dem Premierminister und dem Außenminister äußerst eng ist.

Auch Außenminister Eden ist, wie nachträglich bekannt wird, in seiner Rede in Birmingham auf diese Gerüchte eingegangen.

